

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“... Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für den Monat April 20.— M., im voraus zahlbar.

Die schweizerische Postverwaltung hat den Namen dieser Zeitung auf 12.— M. einschließlich Inlandsteuer... Fernsprecher Zentrum 152 00—152 00

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Urabstimmung der englischen Metallarbeiter

Ablehnung der Unternehmerforderung

(Intel.) London, den 5. April.

Ueber die von den Unternehmern vorgeschlagene Lohnreduktion von 2/3 Schilling in der Woche wurde Urabstimmung unter den Metallarbeitern vorgenommen. Das Ergebnis wurde gestern in der Versammlung des Exekutivkomitees der Föderation bekanntgegeben. 87 000 Stimmen lehnten die Vorschläge der Unternehmer gegen 26 451 Stimmen ab.

Mißtrauensantrag gegen Lloyd George

London, 5. April.

Die „Labour Party“ werden heute im Unterhause einen Antrag einbringen, worin erklärt wird, der Mangel an festen Grundrissen in der Politik der gegenwärtigen Regierung könne nur behoben werden durch die Schaffung eines Ministeriums, das sich aus Männern zusammensetzt, die durch politische Grundriss vereint würden.

Lloyd Georges Rede

Der Eindruck in Amerika.

London, 5. April.

„Washington Gazette“ meldet aus Washington über den Eindruck der Unterhausrede Lloyd Georges in den Vereinigten Staaten, die amerikanische öffentliche Meinung stimmt darin überein, daß Europa nicht wieder auf die Beine gestellt werden könnte, ohne daß die Friedensverträge abgeändert würden.

Eine vorbereitende Konferenz

(CP.) Paris, 4. April.

Nach dem „Temps“ wurde bei der französischen Regierung ein Schritt unternommen, wonach die französische Regierung eingeladen worden sei, an einer vorbereitenden Versammlung der Alliierten in Genua teilzunehmen.

Lloyd George scheint den Wunsch zu haben, sich auf der Reise nach Genua in Paris aufzuhalten. Es heißt, daß er den Wunsch ausgedrückt habe, eine vorbereitende Versammlung durch die italienische Delegation veranstalten zu lassen, an der er teilnehmen würde.

Die Vollmachten der Franzosen

Paris, 5. April.

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, ist im gestrigen Kabinettsrat festgelegt worden, daß die französische Delegation, die sich nach Genua begibt, keine unbeschränkte Vollmacht besitzt und daß sie für die Entscheidungen, die sie zu treffen hat, jedesmal bei der Regierung anfragen solle.

Schanzer über Genua

London, 4. April.

Der italienische Minister des Auswärtigen Schanzer erklärte in einer Unterredung mit dem römischen Berichterstatter des Neuenburger Buros, man könne von der Genueiser Konferenz keine Wunder erwarten und auch nicht erwarten, daß alle großen internationalen Probleme, die noch immer die Welt beschweren, gelöst werden.

Das Interesse der City gering

London, 5. April.

„Times“ schreibt, in Anbetracht der Tatsache, daß die wirklichen wirtschaftlichen Fragen von dem Programm der Genueiser Konferenz ausgeschlossen würden, sei das Interesse der City an der Konferenz äußerst gering.

Die Schulden Frankreich

Paris, 5. April.

„Echo de Paris“ teilt mit, daß die französische und die britische Regierung im April 1912 ein Finanzabkommen getroffen hatten, nach dem Frankreich für die Dauer von drei Jahren von jeder Zins- und Kapitalzahlung für alle Anleihen befreit werde.

Neuer Zeitungsaufstieg durch die Industrie. Die bisher demokratische „Barmer Zeitung“ ist mit dem 1. April zur Deutschen Volkspartei übergegangen und erscheint als „Deutsches Tageblatt“.

Das internationale Elend

Fast zwölf Millionen Industriearbeiter hat die Weltwirtschaftskrise in den kapitalistischen Staaten auf die Straße geworfen. Von je tausend Arbeitern sind arbeitslos geworden in Deutschland 16, in Holland 70, in Norwegen 160, in England 165, in Belgien 140, in Dänemark 250, in der Schweiz und in Schweden je 340.

Bricht irgendwo ein Streit aus, fügen sich die Arbeiter nicht blind und gehorsam dem Diktat des Kapitals, dann kommen die Abspaltener der Bourgeoisie und beweisen mit exakten Zahlen, welchen ungeheuren Schaden der Starrsinn der Arbeiter dem nationalen Wohlstand zugefügt habe.

Ein Mensch, der arbeiten will, aber durch die bestehende Organisation der Gesellschaft daran gehindert wird und dadurch in Not und Elend gerät, sich selbst eine Bürde, der Gesellschaft eine Last wird, ist eine ebenso entsetzliche Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung, wie es der Soldat war, der eingekleidet in fürchterliche Enge, nur die Wahl hatte, entweder zu töten oder getötet zu werden.

Produktionsapparates und Transportwesens würde die unausgesehene Arbeit von Millionen erheischen. Statt den Krieg gegen die immer weiter sich ausbreitende Verarmung, gegen die Verelendung des ganzen Menschengeschlechts durch die intensive Arbeit aller anzunehmen, zwingt aber das Kapital immer neue und neue Millionen in den Sumpf der Arbeitslosigkeit hinein und vollendet durch die Krise das Werk der Zerstörung, das es mit dem Kriege begonnen.

Konjunktur und Krise, Heberarbeit und Arbeitslosigkeit, Lenteot und industrielle Misereverarmung gehören gewiss zum Wesen der kapitalistischen Ordnung überhaupt und waren ihre Begleiterscheinungen seit jeher, die, je nachdem, stärker oder schwächer hervorgetreten sind, die aber, wie die sagenhafte Lanze des Achilleus, oft die Wunden, die sie schlug, selbst heilte. Heute hat es aber den Anschein, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo das Unheil so groß geworden, wo es auf den ganzen Organismus der kapitalistischen Welt übergreift, wo der ganze Gesellschaftskörper von ihm so sehr angegriffen ist, daß es mehr und Größeres ist als eine gewöhnliche Krankheitserscheinung, die vorübergeht, daß sie zu der Krise der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden ist und ihre Heilung nur durch die allmähliche Ueberleitung der Produktion auf eine andere, eben auf die sozialistische Grundlage wird finden können. Eine Ordnung der Dinge, in der nicht produziert wird, wenn es die Bedürfnisse der Menschen sowie die Bedürfnisse der Arbeiter, die schaffen wollen, um leben zu können, und die Bedürfnisse der Konsumenten erheischen, sondern nur dann, wenn die Produktion die Profitinteressen einer an der Allgemeinheit gemessenen Minderheit befriedigt, wo das Schwungrad der Arbeit nicht durch die Bedürfnisse der Allgemeinheit, sondern nur durch die Privilegien einer Minderheit in Bewegung gesetzt wird, wo sich zwischen dem Arbeiter und dem Konsumenten der Eigner der Produktionsmittel einstellt und dadurch das ganze gesellschaftliche, ja das ganze physische Leben stülft: ein solcher, nur ungebühlicher Ordnung genannter Zustand des menschlichen Lebens trägt den Todeskeim in sich. Die Weltkrise der Arbeitslosigkeit läutet der kapitalistischen Gesellschaft die Totenglocke.

Es muß und wird natürlich alles versucht werden, die Fiebertemperatur, diesen Ausdruck des verdorbenen Blutes und der gestörten Zirkulation, abzuschwächen und mit den Mitteln der sozialen Heilkunst die größten Schmerzen und schlimmsten Ausschläge dieses gesellschaftlichen Krankheitsprozesses zu mildern. Aber alle Glenden und Siechen, die durch die Störung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses der kümmerlichen Lebensmöglichkeiten, die zu behaupten ihnen bisher möglich war, verlustig werden, mögen dessen eingedenk sein, daß die Arbeitslosigkeit eine der Lebensäußerungen der kapitalistischen Produktionsweise ist und ihr darum nur durch den Kampf für und durch die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wirklich ein Ende gerückt werden kann. Wie aber die Krankheit ein Unheil im Weltmaßstab ist, kann ihr auch nur durch eine einheitlich und planmäßig geführte Weltaktion des Proletariats der Garant gemacht werden. Die verschiedenen Doktrinen, wie der Kapitalismus zu besiegen sei, haben zu der Zerklüftung der Arbeiterklasse und zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Ohnmacht geführt, haben dem Proletariat sogar drei Internationalen beiseite. Nun finden sie sich alle, wie die Sozialisten so auch die Kommunisten, in der großen Internationale der Arbeitslosigkeit und des Glends zusammengeworfen durch die Maschine des Kapitals. Aus dieser Einheit von Not und Glend muß die andere, die Einheit im Kampfe, hervorgehen, muß eine gleichmäßig vorrückende, nicht hier weit hervor-

stürmende, dort weit zurückbleibende Front aller Brüder in Armut entstehen, und erst dann wird gründlich und planmäßig dieses Ungeheuer ausgerottet werden können, das daran ist, alles, was aus dem Kriege noch übriggeblieben ist, zu vernichten und zu begraben. Aus der Internationale der Arbeitslosigkeit muß und wird die Internationale der proletarischen Tat geboren werden.

Ein falscher Schrift

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die beiden bisher unabhängigen Stadträte Brühl und Schilling beim Berliner Bezirksvorstand der SPD. um Aufnahme in die Partei nachgesucht. Die Ausnahme Brühls würde, wie der „Vorwärts“ weiter mitteilt, auch seinen Eintritt in die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Folge haben.

Wir verurteilen diesen Schritt Brühls und Schillings, die in ihrem bisherigen Wirkungskreis Tüchtiges geleistet haben, auf das entschiedenste. Es liegt nicht im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, wenn einzelne Genossen aus Unstimmigkeiten und Verärgerung heraus sich dazu hinreißen lassen, der Partei, mit der sie bisher gemeinsam gekämpft, und der sie ihre Vertrauensposten verdanken, den Rücken zuzehren und bei der anderen Partei Zuflucht zu suchen. Der Sache der Einigung des Proletariats ist damit am allerwenigsten gedient.

Streikjustiz

Vor der Strafkammer zu Mannheim wurden vier Bahn- und Fabrikarbeiter zu Gefängnisstrafen von 3 und 4 Monaten verurteilt. Sie hinderten am 7. Februar auf der Station Hohenheim die Weiterfahrt eines Personenzuges, indem sie die Maschinenführer (zwei Ingenieure der technischen Reichsbahn) durch Drohungen mit eventueller Gewaltanwendung zwangen, mit der Lokomotive wegzufahren. Mit einseitiger Verhaftung ist der Zug doch nach Mannheim befördert worden. Am Abend vorher hatte eine vom Eisenbahnerverband einberufene Versammlung in Hohenheim eine scharfe Resolution angenommen, in welcher die Parole zur gewaltsamen Verhinderung des Zugverkehrs ausgegeben war.

Im Justizauschuss des badischen Landtages liegt ein von den Kommunisten und Unabhängigen verteilter Antrag vor, welcher die Hilfe der badischen Regierung zur Einstellung der Eisenbahner-Wahrgelungen (Disziplinerverfahren) fordert. Der Vertreter der S.P.-Fraktion verurteilt vom gewerkschaftlichen Standpunkt den Streik der Eisenbahner aufs schärfste und die bürgerlichen Parteien lehnen den Antrag ab, weil er in seiner allgemeinen Fassung unannehmbar sei. Der Beschluß wurde mit 14 gegen 6 Stimmen gefaßt.

Bayrische Rechtsgepflogenheiten

In Berlin wurde vor einigen Tagen ein Freiherr Hubert von Leoprechting verhaftet. Freiherr von Leoprechting wurde von einem Münchener Gericht wegen angeklagten Landesverrats verurteilt, der darin besteht soll, daß er bayerische Verteilungsmassnahmen an die Entente vertrat haben soll. Der Verhaftete wurde, ohne erst verhört zu werden, auf Grund des Haftbefehls sofort nach München gebracht und dort dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Somit der in der Presse gemeldete Tatbestand. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß Leoprechting den Berliner Behörden Material über das Treiben der bayrischen Einwohnerwehr und über die monarchistischen Antriebe geliefert hat. Da man ihn deswegen nicht einsperren konnte, haben die Münchener Behörden, die mit den monar-

chistischen Partisanen sympathisieren und den illegalen militärischen Informationen in Bayern jede erdenkliche Hilfe leisten, künstlich einen „Landesverrat“ konstruiert, um auf diese Weise ihre Nase zu kühlen.

Während so die bayrischen Behörden bemüht sind, jeden hinter Schloß und Riegel zu bringen, der das Treiben der monarchistischen Verschwörer aufdeckt, geht ihr Bestreben nach der anderen Seite dahin, die Helfer der Helfer der Mörder Erzbergers der gerichtlichen Verfolgung zu entziehen. So ist jetzt der vor einiger Zeit in München verhaftete Rechtsanwalt Dr. August Müller, der mit den Erzberger-Mördern in Budapest in dristlicher Verbindung stand und sie wiederholt persönlich aufgesucht hat, auf freiem Fuß gesetzt worden. Die rechtsgerichtete Presse in Bayern hatte sich dieses Mannes nach seiner Verhaftung sehr warm angenommen. Jetzt haben es die bayrischen Behörden durchgesetzt, daß die Verhaftung, die von der badischen Staatsanwaltschaft angeordnet war, wieder aufgehoben wurde. Gute Zeiten für Mörder!

Die Korruption in der R. P. D.

In den in der Presse veröffentlichten Angaben über die Geldquellen der kommunistischen Partei Deutschlands, aus denen hervorgeht, daß diese Partei und ihr Organ sich nur mit Hilfe der Millionenzuschüsse Moskau am Leben erhält, bemerkt die „Rote Fahne“ mit der ihr eigenen Unverfrorenheit:

„Die kommunistische Partei Deutschlands hält es nicht für eine Schande, als Sektion einer internationalen Partei teilsuhaben an den gesamten internationalen Sektionen gehörenden Mitteln.“

Mit diesen Worten gibt das kommunistische Organ nicht nur den Tatbestand seiner völligen materiellen Abhängigkeit von Moskau an, es beschäftigt auch in zynischer Weise die Laien, daß die R.P.D. gemeinsam mit den kommunistischen Gruppen und Gruppchen in den einzelnen Ländern die unangehören Mittel vergendet, die die Moskauer Exekutive, mit Unterstützung der Organe der Sowjetregierung, widerrechtlich dem hungern und verelendeten russischen Volke entzieht.

Das ist die eine Seite der Frage, die nicht mit den Schimpereien der „Roten Fahne“ abgetan ist, sondern die im Gegenteil politische Auswirkungen haben wird, die weit über die Froschperspektive der kommunistischen Sektierer hinausreichen. Die andere Seite der Frage ist die Korruption in der R.P.D. selbst. Wir hatten in unserer Dienstagausgabe ausdrückliche auf folgenden Vorgang hingewiesen:

„Auf dem letzten Jenaer Parteitag der R.P.D. wogerten sich die Parteileitenden, der Zentrale und dem Kassierer Entlassung zu erteilen, weil ihnen keinerlei Unterlagen über die Kasseneingänge und deren Herkunft vorlagen. Sie waren nicht in der Lage, die Summen festzustellen, die die Zentrale von den Klaffen erhalten hatte. Man verlangte ihnen unter allerhand Ausflüchten die Auskunft und verteidigte sich hauptsächlich hinter der „Illegalität“. Erst nach Eingreifen der damals aus Moskau zurückgekehrten Clara Zetkin ließen sich die Revisoren berechtigen, die Angelegenheit nicht dem Parteitag zu unterbreiten.“

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die Verwendungs der aus Rußland zuleitenden Millionen in der R.P.D. eine solche ist, daß sie das Licht des Tages zu scheuen hat. Selbst der obersten Instanz der Partei, dem Parteitag, kann keine Rechenschaft abgegeben werden, und mit allen Mitteln wird von den in Frage kommenden Parteiführern versucht, die Kontrolle der Finanzgebarung der Parteileitung unmöglich zu machen. Das bedeutet nichts anderes als das öffentliche Eingeständnis der schlimmsten Korruption in der Partei. Die „Rote Fahne“ hat auf diese Darstellung kein Wort erwidert. Auch das ist ein Eingeständnis, daß sich die Arbeiterklasse merken wird.

Der Weg einer neuen Bildung

Von Maria Laub.

Zweiterlei tut not, wo arische Erneuerung aus den Burgen des Volkstums gelingen soll: Bergessen und Sicherinnern. Bergessen aller vom Herzen der Menschheit losgelassen sich selbst genügendes Weisheit. Wiedererinnern an die Urbilder der nun verborgenen, verzerrten Weisheitsgebilde. Wo eines davon fehlt, kann nichts Fruchtbares entstehen. Die auf unbedingtes Niederreißen gerichteten wollen nur vergessen und vergehen zu viel; die ängstlichen Bewahrer alten Kulturgutes erinnern sich aller Formen anstatt der Urbilder.

Es ist leicht, Bilderhürmer zu sein, wenn man niemals in einem Bild Sinn und Duft der Welt gespügelt hat. Es ist leicht, Bildhürmen zu vernehmen, wenn man niemals in ihnen die Lust einer hohen eisernen Weisheit gestummet hat. Wer aber einmal diesen Duft über dem Leben einatmet, wer in überwältigender Jugendjahre aus dieser Lust Leben trank, dem freit das Erlebte unaussprechbar im Blut. Reicht er sich auch mit Abscheu los von einer Welt, in der die einen Menschen Dämonen, die anderen Misdehmen sind, in der Welt Mittel zum Erwerb und Kunst Dienerin von Macht und Geld wurde, sucht er sich rettungslos von dieser Welt des Scheins und unterzugehen in der großen, warmen dunklen Kraft der Menschheitsmasse, das Erinnern an jenes Weisheitsleben verläßt ihn nicht und soll ihn nicht verlassen.

Wer aus der Masse aufsteigt, ist unbesorgt von solchem Erinnern. Den Verstand und Erleuchtung herausgehoben, darf dieses Schicksal nicht verleugnen, daß das Erinnern nicht in sich erlösen. Wange im das und ergeben sich blind der Masse wie andere sich der Obrigkeit ergeben. Sie wägen die Verantwortung von sich auf Masse oder Obrigkeit. Sie sagen nicht, sondern die Masse, nicht ich, sondern die Obrigkeit! Es muß aber heißen: „Ich, Teil der Masse, soll verantwortlich an meiner Stelle.“ Das andere ist nicht nur billig und bequem; es ist Verrat. Jeder Mensch hat Teil an dem Licht, das die Menschheit in sich, aber sich erlöset hat. Jeder läßt im Inneren, welchen Lichtteil er zu haben hat. Wer sein Licht nicht bittet, wer es von sich wirft, der trachtet Verstand Verrat, Verrat an seinem Selbst, das er verweigert, Verrat an der Volksgemeinschaft, der er sein Licht nicht nach, Verrat an dem Stück Welt, das dunkel wurde, weil er sein Licht entzweit hat.

Man muß immer wieder sich ausdenken in der Gemeinschaft und immer wieder sich erlösen lassen. Man muß einbüßen in der Tiefe horchen auf den Herzschlag des bewußten, dunklen Lebens und wieder ehrentätig aufsteigen zu den Urbildern des Seins und Sollens. Nur

dann kann eine Geisteswelt entstehen, an der das ganze Volk Teil hat.

Es hilft nicht, draußen irgendwo einen Scheiterhaufen zu errichten und Münzen alter Prägung hineinzuworfen. Das gibt Schlacke und Nische, aber keine neuen Münzen. Jeder muß in sich selber, im eignen Feuer einschmelzen und umschmelzen.

Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Vorkampfe ist selbstverständliche Pflicht und braucht hier nicht ermahnt zu werden. Aber es ist ein Irwahn, daß eine veränderte Wirtschaftsform von selbst eine neue Kultur, eine neue einheitliche Bildung, eine neue Weisheit erzeugen muß. Sie erzeugt nur die Möglichkeit zu besserem Leben, die Möglichkeit geistiger Einheit. Sie räumt nur den Zwang zur Ungerechtigkeit, den Antriebe zum Bösen fort. Aber gelang es nicht vorher, die Keime einer im Gemeinheitsbewußten wurzelnden Weisheit eines losigen Gefühls von religiöser Kraft zum Blühen zu bringen, so muß jede neue Wirtschaftsform in kurzer Zeit in Armut zerfallen oder ins Alte zurückfallen und mit ihr die Keime des neuen Geisteslebens.

Der blinde Glaube an die heilende erneuernde Kraft einer Wirtschaftsordnung ist ebenso festelbaste Bequemlichkeit wie der Glaube an die umbildende Kraft einer fern schwebenden Weisheit. Man soll nicht vor Forderungen politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung ins „Geistige“ fliehen. Aber man darf ebenso wenig elementaren unabweislichen Forderungen des geistigen Lebens durch eine Flucht in Wirtschaft und Politik zu entziehen suchen. Dies sei Proletariern wie Nichtproletariern gleichermaßen gesagt.

Noch scheidet „Bildung“ die Menschen ebenso wie Besitz. Noch ist der „gebildete“ Besitzliche vom „ungebildeten“ Proletarier ebenso besinnungslos getrennt wie der Besitzende vom Besitzlosen. Nicht nur die Bildung ist das Trennende, mehr noch — auf beiden Seiten — die abergläubische Ehrfürcht vor einer bestimmten Art wissenschaftlicher Bildung, die den Proletarier dazu verleitet, nachahmend die alten geistigen Wege des Bürgertums zu gehen und die Keime eigenen Geisteslebens zu unterdrücken. Die solche Wege geben, werden die Klust nur scheinbar überbrücken.

Wir bürgerlich Geborenen irren schmerzvoll suchend an den Wänden dieser Klust. Wir wollten an dem schwebenden Turm der Bildung nicht weiter bauen und suchten die abgetrennten Fundamente am anderen Ufer. Wir flohen die trennende Bildung und suchten die einigende. Und doch wuchsen wir, der schwebende Turm darf nicht ganz zerdrückt werden, weil noch in dem verzerrten Gebilde, das ihn stützt, viel Glanz des Urbildes lebt. Man muß die Bausteine aus ihm herausheben und an die richtige Stelle setzen.

Dies zu tun, unbehrt durch den Ruf der Bilderhürmer auf der einen, des Bildungseitschismus auf der anderen Seite ist unsere Aufgabe. Keinem Schlagwort der Masse gehorchen, doch dem Herzschlag der Masse inbrünstig hingeben, den Blick auf die Urbilder gerichtet. So wird es gelingen, in uns und um uns in der Gemeinschaft Gleichgerichteter die uralten, ewigen und doch immer erneuerten sich wandelnden Menschheitsgüter umzuschmelzen und in unserem Leben eine neue wurzelhafte Bildung darzustellen, in der Volk, Masse, Menschheit, Einzelwesen unaussprechlich eins sind, so verschieden auch die Grade der Bildung sein mögen.

Einen Schritt auf dem Wege einer solchen Bildung bedeutet Wilhelm Hiltner's Buchlein „Eienbildung“ (Eugen Diederichs Verlag, Jena 1921, 82 S.) Es prunkt weder mit einer farbenprächtigen Utopie, noch mit einem leichtfertig konstruierten Weisheitsgebäude. Es droht von keinem Untergang und keinen Erneuerungspathos, und läßt doch manche frohe warme Hoffnung aufkommen.

Der Sachverhalt „Eienbildung“ bedeutet, daß Enthalten sein eines geistigen Lebens in dem werklätigen und gemeinen drin. Das Enthalten eines geistigen Lebens, das Größe hat, Tiefe, metaphysischen Gehalt, und das dem Wertig als eine höhere Sphäre eingebaut ist.“ Mit diesen Worten beginnt die Schrift. Wie geistiges Leben dem Wertig wieder eingebaut werden kann ist ihr Inhalt. Hiltner arbeitet den Weg nach von gelehrter „priesterlicher“ Bildung und „Eienbildung“ klar heraus. Er kennt den „Eienbildung“ der Denker und Künstler wie die Gemeinheitsberkunst der Volkstüm und -Weisheit und zeigt diese beiden Elemente in Kunst, Sprache und Sprachkunst auf. Er zeigt, wie Eigengeistigkeit immer mehr abfließt und der mit hoher sozialer Haltung verbundenen gelehrten Bildung Platz macht. Von der pädagogischen Gemeinheitsberkunst erbasi er durch Verschmelzung der beiden Elemente das Enthalten einer neuen Valengeistigkeit.

Das klingt fast nach vormaligem Utopismus, ist es aber doch nicht. Es wird weniger die Gründung solcher Gemeinheitsberkunst angeregt als die Bedeutung der bestehenden und überall im Entstehen begriffenen aufgezeigt und auf ihre Aufgabe hingewiesen.

Durch eine eigentümliche Weisheitslage ist gegenwärtig eine Verbildung in unserem Volk vorhanden, die allen Traditionen angewandter Kunst und damit jeder tiefen Valengeistigkeit ein Ende gemacht hat. Damit sich solche Valengeistigkeit in einem neuen Sinne wieder ereignen kann, ist eine geistige Erneuerung Not, die vor allem die heutigen priesterlichen Traditionen ergreifen muß: geistige Menschen, Künstler, Denker.

Frühlings Erwachen

Soll das wirklich der Frühling sein? Es friert, Schneeläden wirbeln vom Himmel und hüllen das moderne Sündenbabel Berlin zum laundsoviestesten Male in das weiße Reich der Unschuld. Vorspiegelung falscher Tarsachen! Schnell, möglichst schnell, klettert jeder nach Hause, glühende Hofmannsdröppchen am Gesichtsvorhang. Und zu Hause? Kohlen und Holz sind knapp, lüchelt teuer, und noch knapper als Brennstoffe sind die Moneten. „Dem Gott liebt, den züchtigt er“, so verfluchen die Schwärzler von der Kanzel. Der liebe, alte Herr, scheint uns wirklich ganz besonders ins Herz gefalolen zu haben, deswegen maßträtiert er uns mit diesem Frühling, daß es einen Hund jammern könnte.

Eine ebenso sonderbare Liebe, die ihre Vergnügung im Vereiten von Leiden findet, scheinen auch viele Eltern ihren Kindern gegenüber zu empfinden, besonders in diesen Tagen, in denen die Kleinen mit ihren Schulzeugen nach Hause kamen. Da gab es Schimpfe und Diebe — und keiner dachte daran, daß er Anno dazumal vielleicht noch viel schlechtere Zensuren mitgebracht hätte. Ich persönlich halte von Schulzeugen genau so wenig, wie von einem Schulzeug. Manche Leute halten sich für unedel, nur weil sie noch nicht hinter Gitterhaken haben. Diefelben Leute halten ihre Kinder für außerordentlich geistig, brav, dumm oder ungezogen, nur weil sie gute oder schlechte Zensuren nach Hause brachten. Schule ist Uniform. Auf das Eigenleben des Kindes, auf seine speziellen Fähigkeiten nimmt die Schule keine Rücksicht, alles geht nach Schema F, und das Kind, das zum Beispiel bei der Schilderung der Heidentaten Wilhelms des Duffeligen schelmisch ins Freie geht und sich daher nicht merkt, wann dieser erlauchte Herrscher zum ersten Male ohne fremde Hilfe das Klosett angeschlossen hat, dies Kind bekommt eben eine schlechte Zensur in Geschichte.

Genau wie alle Erwachsenen haben Kinder ihre guten und schlechten Tage hinsichtlich geistiger Arbeitsleistung. Geistig regsame Kinder, besonders etwas frei erzogen, werden sehr oft nur Durchschnittsergebnisse erreichen, weil sie zwar geistig regsam sind, aber noch keine geistige Disziplin haben. Solche Kinder schwelgen mit ihren Gedanken ab, sind nicht bei der gerade behandelten Sache, und daraus folgen, weil der Lehrer selten ein Kenner der Kindesseele ist, schlechte Zensuren und Strafen. Ich halte solche Kinder noch lange nicht für die schlechtesten. Jeder, der Beobachtungen anstellt, wird genau zu denselben Resultaten kommen, nämlich, daß gerade diese Kinder die wertvollsten Kräfte in sich bergen. Aber die jetzige Schule kann diese Schätze nicht heben, das ist vorläufige Sache der Eltern. Die neue Schule wird ihnen diese Arbeit erleichtern und an Stelle der törichtigen Zensuren die Analyse der Fähigkeiten des Kindes setzen.

Die Belohnung der Kinder bei guten Zensuren ist aber genau so unangebracht wie die Strafe bei schlechten. Das Kind soll nicht angehalten werden, auf Belohnungen zu spekulieren. Es soll um der Sache selbst willen schaffen und tätig sein.

Darum, ihr Eltern, nehmt die Zensuren, die schon zu viele Kindertragödien verursachen, nicht so tragisch. Besser als der Lehrer, müßt ihr selbst eure Kinder kennen. Beobachtet sie und ihr werdet sehr bald merken, wo der Defekt anzusetzen ist. Viele, viele Lehrer, sind von einem tiefen Haß gegen jede fortschrittliche Idee befallen. Sie haben ihren Haß mit totem Wissen vollgeprobt, sind nur „Kaufer“, aber keine feinsinnigen Pädagogen und Seelenkennner. Von diesen Lehrern sind die meisten schlechten Zensuren. Schämt sie dementsprechend ein — als ein Blatt Papier und sagt nichts weiter.

Tyllus.

Titelverleihung nach dem Tode

Man schreibt uns: Der Postdirektor R. aus Berlin SO ruht seit einem Jahre unter der Erde. Wenn er noch lebte, wäre er heute Ober-Postdirektor mit einem tüchtigen Gehaltsprüfung. Die Postverwaltung, die für ihre unteren Beamten unter Berufung auf das Milliardebudget so wenig übrig hat und am liebsten Tausende von Unterbeamten auf die Straße setzen möchte, sorgt für die Oberbeamten auch noch, wenn sie schon tot sind. Dem verstorbenen Postdirektor R. ist nach seinem Tode der Titel Oberpostdirektor verliehen worden, damit Frau R. in eine höhere Pensionsstufe einrücken kann. Frau R. ist in einem östlichen Vorort eine durch ihre Eigenart ortsbekannt Persönlichkeit. Seit langen Jahren eine ungewöhnlich kramme Alkoholistin, verkehrt sie schon am Vormittag in Dessillen und verputzt täglich für mindestens 50 Mark Kognak. Schlechtlich ist sie eine unglückliche Kranke, mit der man Mitleid haben kann. Aber die hohe Pension tut ihr ganz gewiß weniger not, als ein höheres Gehalt den Postunterbeamten.

Veränderungen bei der Straßenbahn

Am 6. April d. J. werden weitere Verkehrsverbesserungen bei der Berliner Straßenbahn eingeführt:

Die Linie 168 wird von der Frankfurter Allee, Ecke Siegfriedstraße, bis Friedrichsfelde verlängert und mit der Linie 95, Friedrichsfelde—Johannisdahl, zu einer Durchgangslinie unter der Nr. 68 vereinigt. Gleichzeitig hiermit erhält die Linie 68 die Nr. 168 und die Linie 71 die Nr. 169. Die Linie 168 wird dann über Baitenplatz, Zentralviehhof umgeleitet. Auf den Linien 68 und 168 wird gleichzeitig ein 15-Minutenbetrieb statt des jetzigen 20-Minutenbetriebes eingerichtet.

Die Linie 6 erhält die Nr. 13 und wird vom Ringbahnhof Frankfurter Allee über Mollenhorfstraße bis zum Roederplatz verlängert. Sonntags verkehrt die Linie zwischen Gohlisdorferstraße und Spittelmarkt.

Die Nummerierung der Linien erfolgt zur Schaffung leichter Orientierungsmöglichkeiten für das Publikum. Die 71 wird „169“, weil sie den größten Teil ihrer Strecke mit der „68“ gemeinsam befährt. Weiter wird erreicht, daß die beiden nach Friedrichsfelde führenden Linien 68 und 69 die Zehnertzahlen erhalten, während die beiden nach Herzberge führenden Linien 168 und 169 die Hundertertzahlen tragen. Die „8“ ist getauscht mit der „13“, weil diese unbesetzt war und die Zahlen von 1—10 durchweg für Ringlinien in Aussicht genommen sind.

Die Linie 33 wird über Kleiststraße, Rollendorfsplatz, Bülowstraße, Potsdamer Straße, Leipziger Straße, Spittelmarkt, Rosenthaler Straße, Spandauer Straße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Rosenstraße, Spandauer Brücke umgeleitet und von der Prenzlauer Allee, Ecke Prenzlauer Promenade über Gorkow-Adolf-Straße, Viktorindstraße bis Weißensee, Mirbachplatz, verlängert. Die Linie 8 wird über Berliner Straße, Brunwaldstraße, Martin-Luther-Straße, Lutherstraße, Rettelbachstraße, Schlitzstraße, Plänowplatz, Plänowstraße umgeleitet.

Die Linie 59, Weißensee, Rennbahnstraße—Steglich, Birkenbuschstraße, verkehrt wieder im 15-Minutenbetrieb.

Das Programm der öffentlichen Rundgebung „Brüder in Not“, am Mittwoch abend 8 Uhr im großen Sitzungssaal des ehem. Herzenhauses, ist folgendermaßen festgelegt: Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt, eröffnet die Versammlung. Darauf spricht Prof. Dr. Hoeysch M. d. R. Es folgt ein Vor-

trag des Volksparrers Stenzel über die kolonialistische Bedeutung der Volksgewerkschaften und die augenblickliche Lage in den Hungerbezirken. Im Anschluß daran führt Regierungsrat Grunewald (Deutsches Rotes Kreuz) eine Reihe von Lichtbildern aus den Hungergebieten vor. Nach einer Betrachtung des Abg. Dr. Rofes vom ärztlichen Standpunkte aus ergriff Ministerpräsident a. D. Stegerwald das Schlusswort. Die Ausgabenstellen der Eintrittskarten verzeichnen die Plakate an den Säulen.

Aus den Bezirken

In der Sitzung der Bezirksversammlung Tierarten vom 15. März beschäftigte sich die Bezirksversammlung in der Hauptfrage mit einer Anfrage des Bezirksverordneten Madlen und Genossen, betreffend Mißstände bei dem Wohnungsbau 2A. Der Redner der Demokraten vertrat die Ansicht durch eine Gerichtsverhandlung unbedeckten Mißstände ausschließlich auf die Hilfskräfte abzuwälzen. Demgegenüber war der Vertreter des Bezirksamtes genötigt, zuzugeben, daß gerade die Hilfskräfte es erdulden müssen, den Schieflagen einzelner auf die Spur zu kommen. Der Genosse Pärlich betonte die Notwendigkeit, daß die Deputationen zuzumitteln müßten; wäre dies geschehen, dann hätten die U.S.P.-Bezirks-Verordneten bereits eine ganze Anzahl von Beschwerden zum Zwecke der Abklärung vorbringen können. In der Versammlung am 29. März 1922 beschäftigte sich die Versammlung mit Anfragen der U.S.P.-Fraktion, betreffend 1. Die Ermäßigung der Kosten für die Benutzung der Turnhalle durch den Turnverein „Nichte“; 2. Verschonung eines Klassenzimmers an dem proletarische Jugendvereinigung; 3. kostenlose Benutzung der Aula der 222. Gemeindeschule durch den Männerchor „Kraft“. Die Anträge wurden bearbeitet durch den Genossen Pärlich. Es gelangte dann auch ein entsprechender Antrag zur Annahme, der das Bezirksamt aufforderte, dafür einzutreten, daß durch Vergabe von Räumen möglichst kostenlos oder aber zu einem sehr geringen Entschädigungsbeitrag alle Vereinigungen unterstützt werden, die sich der Förderung der Kunst und der Jugendpflege annehmen, oder die Körperpflege betreiben. Danach wurde noch ein Antrag der U.S.P. behandelt, der dahin ging, daß das Bezirksamt dafür sorgen soll, daß das unbedeutende Grundstück des alten Botanischen Gartens in der Potsdamerstraße, welches jetzt als Hummelplatz benannt wird, für Spielplätze der Jugend herangezogen wird. Bezirksmeister Dörlin sagte noch zur Begründung des Antrages durch den Genossen Glajus die Unterstützung dieser Anträge zu. Er wies allerdings auf die Schwierigkeit hin, die dadurch entsteht, daß die beiden Hummelplätze, am Kleistpark und in der Siromstraße, sich in Privatband befinden.

Gewerkschaftliches

Der Achtstundentag in Gefahr

Wir haben verschiedentlich die vorbildliche Arbeit des Textilarbeiter-Verbandes hervorgehoben, der rechtzeitig und klar die Gefahr erkannte, die durch das Anrennen der Koalition gegen die beschiedenen sozialen Erwerbungschaften heraufbeschworen wurde. In der Nr. 14 des Verbandorganes „Der Textilarbeiter“ ist unter obigem Titel diese Frage ausführlich behandelt und die schmachvolle Rolle jener rechtssozialistischen sogenannten „Experten“ hervorgehoben. Durch ihre „Gutachten“, die von des Gedankens Blässe und fachlichem Wissen auf diesem Gebiete unangefrängt sind, haben sie der Arbeiterschaft einen Vorendents gelehrt. Wir geben im folgenden gefürzt einige Stellen wieder:

In den umstrittensten Fragen bei der Schaffung des neuen Arbeitsrechts gehört zweifellos der Achtstundentag. Die Arbeitgeber, die den Kampf gegen den Achtstundentag aus Prinzip führen, haben in dem Reichsarbeitsministerium, in welchem gegenwärtig ein völlig reaktionärer Geist herrscht, wie er in der Vorkriegszeit nicht schlimmer hervorgetreten ist, eine harte Stütze gefunden. Der örtliche Gewerkschaftsführer Arbeitsminister Brauns ist so ganz der Mann, wie ihn sich die reaktionären Unternehmer wünschen. Nach der „Arbeitgeber-Zeitung“ konnte der Geschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Tänzler in einer der jüngsten Tagungen der vereinigten Arbeitgeberverbände berichten, daß die Fühlungnahme, die sie mit den Behörden haben, als gut bezeichnet werden dürfe. Insbesondere hat sich die Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium sehr befriedigend gestaltet.

Weiter heißt es:

„Damit wird der Geist gekennzeichnet, der das Arbeitsministerium, dem ein örtlicher Gewerkschaftler in Dr. Brauns vorsteht, beherrscht. Dr. Brauns verdient im vollen Maße das Vertrauen der Unternehmer. Es ist ein wahres Ministerium gegen die Arbeiterschaft. Wenn man nun noch die Theoretiker und mehrheitssozialistischen Kreise wie Dr. Lindemann, Schippel, Kaliski usw. die in der Frage des Achtstundentages den Unternehmern Helferdienste leisten, betrachtet, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Unternehmertum Morgenluft wittert und in aller Schärfe gegen den Achtstundentag ankämpft.“

Gerade diese Theoretiker haben durch ihre sogenannte Sachkenntnis das Feuer angezündet, durch welches der achtstündige Arbeitstag vernichtet werden soll. Es ist besonders charakteristisch, daß die „Deutsche Tageszeitung“ in einem Artikel „Sozialdemokratie und Achtstundentag“ schreibt: „man könne Schanden empfinden über die innere Umstellung, die in den Anschauungen über den Achtstundentag innerhalb der Sozialdemokratie zu verzeichnen sei“. Das Blatt schreibt dann wörtlich: „Charakteristisch ist in dieser Beziehung die von uns am Sonntagabend geschlossene Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, die sich eingehend mit der Frage der Arbeitszeit befaßte. Zwar die Vertreter der freien (sozialistischen) Gewerkschaften lehnten die Vereinfachung des Achtstundentages ab; aber unter den Sachverständigen verneinte insbesondere der als Vorkämpfer für die sozialistische Idee bekannte Kaliski die Frage, ob der Achtstundentag genügen könne. Er schlug im Gegenteil die Suspendierung des Achtstundentages auf fünf Jahre hinaus vor.“ Kaliski hat als Sachverständiger der SPD. im Reichswirtschaftsrat auf die Frage: „Glauben Sie, daß angesichts der besonderen durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen Lage das deutsche Volk mit einem achtstündigen Maximalarbeitsstage auszukommen vermag?“ Diese Frage verneint er und sagte: „Die Arbeiterschaft und das Unternehmertum haben gleiche Verantwortungsgleichheit bewiesen.“ Er empfiehlt die Suspendierung des Achtstundentages auf 5 Jahre und die tarifliche Regelung der Arbeitszeit.

Dieses Gutachten deckt sich mit den Anschauungen von Cohen-Reuß und Dr. Lindemann. Als Arbeiter muß einem ein Gefühl der Vitterkeit gegen diese Leute aufsteigen, wenn man derartige Ausführungen von sogenannten Arbeitervertretern hört, die sich nicht vergegenwärtigen, in welcher Weise durch die kapitalistische Produktion mit der

Volkswirtschaft zum Nachteil des gesamten Volkes Schindluder getrieben wird. Diese Gutachten dienen lediglich dem Kapitalismus und müssen die Arbeiterschaft empfindlich schädigen.

Soweit die Ausführungen des Organs. Wir selbst möchten nur folgendes bemerken. Zunächst müssen die rechtssozialistischen Gewerkschaftler es sich ebenso energisch wie höflich verbitten, daß Leute vom Schlage eines Kaliski als ihre „sachmännlicher“ Sachwalter in diesen Fragen gelten kann. Wir wollen diese Materie gar nicht vom politischen oder sozialhygienischen Standpunkt, sondern ausschließlich von der technischen Seite ab betrachten. Und da ist zu sagen: Nur Betriebstechniker sind in diesen Fragen zuständig, und nur moderne Industrieorganisatoren können die ganze Sinnlosigkeit der Argumente Kaliskis und Genossen einschätzen. Die letzten Endes darauf hinauslaufen, den technischen Rückstand dieser oder jener Industriebranche gewöhnlichen zu wollen. Dies bedeutet Stillstand, ist rückläufiger Natur und kann nie und nimmer vertretbar werden. Daraus ergibt sich die innere Wertlosigkeit jener „Gutachten“. Da bleibt nur noch übrig, daß sich die Gesamtarbeiterschaft, vor allem alle Gewerkschaftler, dagegen nachdrücklich verwahren, solche Nachleute heranzuziehen, um wertlose und geradezu lächerliche „Gutachten“ abzugeben.

Schupo als Schutzgarde für Streikbrecher

Trotz aller gegenseitigen Mitleidmaßen des Polizeipräsidenten, daß die Schupo in wirtschaftliche Kämpfe nicht eingreife, muß festgehalten werden, daß im Streik der Angehörigen der Bigaretten-Industrie Streikbrecher, von Schupo begleitet, in die Betriebe geführt, Streikposten durch Handgreiflichkeiten belästigt und auch die üblichen Sittierungen vorgenommen werden. Dabei macht man selbst nicht halt vor den kleinen Kontoristinnen, die tapfer ihre Pflicht als Streikposten erfüllen. Besonders die Firmen J. Garbaty, Pankow, und Manoli-Aktiengesellschaft, Berlin, Potsdamer Straße, glauben ohne den polizeilichen Schutz nicht auskommen zu können.

Nur vor Ausbruch des Streiks wurden wegen angeblichen Arbeitsmangel wesentliche Betriebsbeschränkungen und Entlassungen von Angestellten vorgenommen und alle Entlassenen dem Steuerfiskus gemäß § 91 des Steuergesetzes zur Unterhaltung überantwortet. Nun werden diese Angestellten von den Arbeitgebern aufgefordert, ihre Tätigkeit sofort wieder aufzunehmen. Im Ablehnungsfall wird Anzeige beim Postamt und Einziehung der staatlichen Unterhaltung angedroht. Durch solche Erpressungen will man die Streikbrecher vermehren. Alle diese Manipulationen haben aber bisher nicht vermocht, die Front der Streikenden irgendwie zu beeinflussen.

Am Sonnabend früh hat ein Schlichtungsausschuß abgefragt, der folgenden empfehlenden Beschluß verfaßt:

„Die Kammer empfiehlt den Parteien, den bis zum 31. Dezember 1921 in Geltung gewesenem Tarifvertrag, abgesehen von den Bestimmungen des § 7 und den Gehaltsföhen, zu verlängern. Beide Parteien sehen einander in Kenntnis, ob sie mit dieser grundsätzlichen Regelung einverstanden sind. Nach zustimmender Erklärung der Arbeitgeber werden die Arbeitnehmer verpflichtet, den Streik unverzüglich abzubrechen. Ueber § 7 und die Neuregelung der Gehaltsföhe wird vor der Kammer am Dienstag, den 4. April 1922, nachmittags 4 Uhr, erneut verhandelt.“

Die Angestellten haben diesem Beschluß zugestimmt, um den Arbeitgebern auch die letzte Brücke zur Verständigung zu bauen. Wiederrum aber haben die Arbeitgeber abgelehnt; der Streik geht deshalb in verschärfter Form weiter. Sämtliche Betriebe der Bigaretten-Industrie bleiben deshalb bis auf weiteres für organisierte Angestellte gesperrt.

U. S. P. D.-Straßenbahner

Am Freitag, den 7. April, abends 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 10, eine Vollerversammlung aller U.S.P.D.-Straßenbahner statt. Vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich. Die Kassierer treffen sich bereits um 5 Uhr. Parteianweis legitimiert.

U.S.P.D.-Straßenbahner-Distrikt.

Streik der Groß-Berliner Schuhmacher.

Nachdem die Verhandlungen am vergangenen Freitag, in welcher die Vertreter der Schuhmacherrationen die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hatten — abgebrochen worden sind, nahm eine allgemeine aller in der Reparaturbranche beschäftigten Arbeiter zu der dadurch entstandenen Situation Stellung. Nach einer mehrstündigen Debatte wurde mit nur gegen fünf Stimmen beschlossen, sofort in den Streik zu treten.

Versammlung sämtlicher Gewerkschaften, Kaufmannsgerichts, Innungsgerichts und Schlichtungsausschußs Beisitzer am Donnerstag, den 6. April 1922, abends 7 Uhr. Arbeitsgerichte und Schlichtungsausschüsse, unter Berücksichtigung des Antrages Wölbung. Referent: Genosse Schröder.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, den 6. April.

18. Verwaltungsbereich (Weißensee) Distrikt-Vorhandlung, abends 6.30 Uhr, im Rathaus, Zimmer 21.

19. Distrikt (Kreuzberg) Vorhandlung, abends 7 Uhr, bei Wähler-Zentrenhandlung. — Wirtschaften aller Vorhandlungsberechtigten dringend erwünscht.

Freitag, den 7. April.

9. Verwaltungsbereich (Hilfensberg, Schmutzgraben, Genserswald) — Sitzung der Bildungs-Kommission (Wälfelder), abends 7 Uhr bei Baitenberg, Johann-Seiblich-Straße 3, III.

15. Verwaltungsbereich (Hilfensberg) Abends 7.30 Uhr in Kiebitzschmiede, Schule Berliner Straße, Zimmer Nr. 11. Sitzung sämtlicher Funktionäre des Bezirks. Zielsetzung der Arbeit des Bezirks.

2. U. S. P. D. Gruppe Doro. Abends 7.30 Uhr, in der Schulaula Baitenplatz 128. Beginn 7.30 Uhr.

2. U. S. P. D. Gruppe Doro. Abends 7.30 Uhr, im Jugendheim, Große Kottbuscher Straße 14, Saal 2. Einführungabend. Die erwachsenen Genossen und die Jugendlichen sind herzlich eingeladen.

Sonntag, den 8. April.

3. Verwaltungsbereich (Wedding) Abends 6.30 Uhr, Sitzung der Sozialpolitik-Kommission im Zimmer 125—126, 1. Etage des Bezirksamts Wedding. Der Nachmittags tritt um 6 Uhr im Zimmer 124 zusammen. Die Ob- und Untervorstände sind herzlich eingeladen.

19. Verwaltungsbereich (Kontow) Abends 7 Uhr, „Kommunale Sammlungen“ im Zimmer 17 des Rathauses. Tagesordnung: Kommunalprogramm.

Vereinskalender

Freitag, den 7. April.

Band der technischen Anstellungen aus dem. Ortsverwaltung 3 u. 4 d. B. Abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung gemeinsam mit dem Bezirksvereins-Bericht im Rathaus, „Jugendheim“.

Sonntag, den 8. April.

20. Verwaltungsbereich (Reinickendorf, Tenzel, Ormsdorf, Wierow, Abends 6.30 Uhr, Funktionärsversammlung mit der kommunalen Kommission im Jugendheim bei der 1. Gemeindefürsorge, Eichenwegstraße hinter dem Rathaus Reinickendorf. Die Abteilungsleiter sind herzlich eingeladen.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Senf, Berlin; für den Inhalt des Bandes der technischen Anstellungen: Ludwig Komerz, Berlin. — Verlags-Gewerkschaft „Strieth“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.